

Herborner Tageblatt.

Zeitung für Dillkreis und Westerwald. Amtsblatt der Stadt Herborn.

Erscheint an jedem Werktag.
Bezugspreis: Vierteljahr 3.— Mk.
ohne Bringerlohn.

Druck und Verlag
J. M. Sed'sche Buchdruckerei
Otto Sed.

Inserate: Kleine Petitzelle 20 Bfa.
Fernruf: Nr. 20.
Postcheckkonto: Frankfurt a. M. Nr. 17518.

Nr. 241.

Montag, den 14. Oktober 1918.

75. Jahrgang.

Antwort an Wilson.

Weitestes Entgegenkommen Deutschlands.

Berlin, 12. Oktober.

In Beantwortung der Fragen des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erklärt die deutsche Regierung:

Die deutsche Regierung hat die Sache angenommen, die Präsident Wilson in seiner Ansprache vom 8. Januar und in seinen späteren Ansprachen als Grundlage eines dauernden Friedens niedergelegt hat. Der Zweck der eingehenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen.

Die deutsche Regierung nimmt an, daß auch die Regierungen der mit den Vereinigten Staaten verbundenen Mächte sich auf den Boden der Grundgedanken des Präsidenten Wilson stellen.

Die deutsche Regierung erklärt sich im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung bereit, zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes den Räumungsvorschlägen des Präsidenten zu entsprechen. Sie stellt dem Präsidenten anheim, den Zusammenschluß einer gemischten Kommission zu veranlassen, der es obliegen würde, die zur Räumung erforderlichen Vereinbarungen zu treffen.

Die jetzige deutsche Regierung, die die Verantwortung für den Friedensschritt trägt, ist gebildet durch Verhandlungen und in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit des Reichstages. In jeder seiner Handlungen achtet auf den Willen dieser Mehrheit, spricht der Reichskanzler im Namen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes.

Berlin, den 12. Oktober 1918.
gez. Solf, Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

Wie bereits aus den Mitteilungen unterrichteter Kreise zu entnehmen war, ist die deutsche Regierung in ihrer Antwort auf Wilsons drei Fragen entgegenkommend eingegangen. Dazu ist zu bemerken, daß die Antwortnote von allen Staatssekretären, von der Obersten Heeresleitung, vom preussischen Staatsministerium und vom Bundesratsausschuß für auswärtige Angelegenheiten einstimmig gebilligt worden ist. Daß die weit überwiegende Mehrheit des Reichstages ihr zustimmt, versteht sich von selbst. Selten oder kaum jemals in Deutschland war also eine Politik so durch das Zusammenwirken aller maßgebenden Faktoren gestützt.

Indem die deutsche Regierung die Bedingungen Wilsons wiederholt, erklärt sie in ihrer Antwortnote, sie habe die Sache des Präsidenten Wilson angenommen, und der Zweck der eingehenden Besprechungen wäre also lediglich der, sich über praktische Einzelheiten ihrer Anwendung zu verständigen, sein.

Das Haupthindernis für eine Verständigung liegt naturgemäß in den territorialen Fragen. Unter ihnen steht die elsaß-lothringische oben an. Wenn also die deutsche Regierung die 14 Punkte Wilsons und seine späteren Punkte annimmt, so wird damit die Existenz einer elsaß-lothringischen Frage formell anerkannt und zugegeben, daß über sie auf dem Friedenskonferenzen verhandelt werden soll. In Wilsons Note vom 8. Januar d. J. heißt es:

„Das ganze französische Territorium müßte befreit und die befreiten Teile wiederhergestellt werden, sowie das Unrecht, das Frankreich durch Preußen im Jahre 1871 hinsichtlich Elsaß-Lothringens zugefügt wurde und das den Weltfrieden während nahezu 50 Jahren in Frage gestellt hat, sollte wieder gutgemacht werden, damit der Frieden im Interesse aller wiederhergestellt werden kann.“

Am 11. Februar forderte Wilson „die weitestgehende Befriedigung aller klar umschriebenen nationalen Ansprüche“, aber er erklärte auch, es dürften sich daraus nicht „neue oder die Verewigung alter Elemente von Zwist und Gegnerschaft, die den Frieden Europas und somit der ganzen Welt wahrscheinlich bald wieder stören würden“, ergeben, und er bezeichnete damit also ausdrücklich nur solche Lösungen, die keine neue Verbitterung schaffen, als das erstrebenswerte Ziel. Daran wird bei den kommenden Verhandlungen hinsichtlich Elsaß-Lothringens und Polens festzuhalten sein.

Die deutsche Antwort erklärt die Bereitschaft, ihre Streitkräfte aus dem gewaltam belegten Gebiet zurückzuziehen. Die Frage ist eine rein militärische und die gegebenenfalls einzusetzende Kommission wird natürlich eine militärische sein, die nach militärischen Gesichtspunkten über die Räumungsfrage beschließen wird. Die letzte Frage Wilsons, in wessen Namen der Reichskanzler spreche, wird mit der Erklärung beantwortet, der Reichskanzler spreche für die große Mehrheit des Reichstages, und er spreche für die deutsche Regierung und für das deutsche Volk. In dieser Antwort ist nichts, was den Tatsachen widerspricht.

Ein Zwischenfall.

Der Brief des Prinzen Max von Baden.

Berlin, 13. Oktober.

Ein gestern bekanntgewordener Brief des Reichskanzlers Prinzen Max von Baden an den in der Schweiz bekannten Prinzen von Hohenlohe hat in dieigen parlamentarischen und politischen Kreisen großes Aufsehen gemacht und beinahe die Möglichkeit einer neuen Kanzlerkrise nahegerückt. Der Brief wurde im Januar dieses Jahres geschrieben und ist keinem Empfänger durch einen feindlichen Agenten entwendet worden. In diesem Briefe hat Prinz Max von Baden sowohl über die parlamentarische Lage wie über die Kriegsziele und die Friedensresolution Reichstagsmehrheit Ideen entwickelt, die im Gegensatz zu den jetzt von ihm vorgetragenen Ideen stehen. Er fordert eine möglichst gründliche politische Ausnutzung

der militärischen Erfolge und will nicht, daß noch mehr über Belgien gefagt werde, als bereits gefagt worden sei.

Prinz Max von Baden hat sich unverzüglich mit den Führern der Mehrheitsparteien in Verbindung gesetzt und ihnen den Ursprung des Briefes und die Entwicklung seiner politischen Ansichten dargelegt. Er hat aber auch zugleich erklärt, daß er bereit sei zurückzutreten, wenn sein Verbleiben im Amte ein Friedenshindernis sein sollte. Die bürgerlichen Parlamentarier sind von den Erklärungen des Prinzen befriedigt und wünschen keinen Kanzlerwechsel. Die Sozialdemokraten wollen indes, daß Herr v. Bamer das Kanzleramt übernehme. Eine endgültige Entscheidung wird im Laufe des heutigen Tages fallen.

Wien, 13. Okt. Die deutsche Antwort an Wilson, die eine rostlose Bejahung der an Deutschland gestellten Fragen darstellt, wird von der Presse als ein großer Schritt auf dem Wege zum Frieden bewertet. Indem insbesondere die deutsche Regierung den Räumungsvorschlag Wilsons annimmt, ein Entschluß, der den Mittelmächten nicht leicht fallen konnte, zeigen die Mittelmächte der ganzen Welt, daß sie Ehrlich und aufrichtig den Frieden wollen.

Das „Freundenblatt“ hebt hervor, daß Deutschland klar und eindeutig Wilsons Vorschläge annimmt. Während die erste und dritte Vorfrage Wilsons angeht, die früheren Willensäußerungen und offensichtlichen Tatsachen von vornherein als glatt erledigt galten, stellte die Beachtung des Räumungsvorschlages die Mittelmächte vor neue, und wie nicht geleugnet werden kann, vor schwere Entschlüsse. Es sind gewiß große Opfer, welche damit von den Mittelmächten verlangt werden, aber im Interesse des weltbestehenden Friedens haben sich die Zentralmächte zur Annahme der Forderung entschlossen.

Die „Neue Freie Presse“ schreibt: Deutschland hat sich für die Räumung entschieden; das ist beinahe die Gewißheit des Friedens. Der Stachel wird aus dem Leibe Frankreichs herausgezogen. Schon ist zu bemerken, wie im Gefühl des Erfolges die Wut abzuspringen beginnt und das Gefühl nach Verlängerung des Krieges verfliehet. Das deutsche Volk will Verständigung und einen ehrlichen Frieden. Darum bringt es Opfer, wie sie nur einem Volke zugemutet werden können, das von sich auf die anderen schließt und dem Sinn für Gerechtigkeit vertraut. Wird es darin recht behalten, wird es keine Enttäuschung erfahren?

Vor der Entscheidung.

Zu der deutschen Antwort an Wilson wird uns von berufenen Seite geschrieben:

Seit dem Tage, da der Weltkrieg hereinbrach und von Ost und West und Süd feindliche Übermacht des Deutschen Reiches Leben und Zukunft bedrohten, ist das ganze Deutschland, Volk und Führer an den Fronten und in der Heimat einig gewesen und entschlossen in dem Willen, das Vaterland bis zum letzten Atemzuge zu verteidigen. Diese einigte Wille hat uns übermenschliche Kraft zum Widerstande gegen alle Übermacht, zum Ausbarren in all der Kriegsnot gegeben. Unvergängliche Bannstrahlen glänzender errungener Siege im Angriff, schwer errittene Erfolge in der Abwehr haben der Welt gezeigt, was der einigte deutsche Verteidigungswille vermochte. Und, wenn es nicht anders sein kann, werden die Taten der Zukunft denen der Vergangenheit würdig sein. Dessen ist sich jeder Deutsche im Meer und in der Heimat ohne Unterbrechung von Stolz und Partei Stolz und ernst bewußt. „Der Gott, der Eifer wachsen ließ, der wollte keine Knechte“, so heißt es, wir in vergangenen Tagen der Not und Befreiung den Deutschen auch in dieser schweren Zeit.

Seit dem Beginn dieses furchtbaren aller Kriege ist aber im ganzen deutschen Volke der Wille, Vaterland und Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen, getragen worden von dem innigen Wunsch, sobald als möglich die blutige Arbeit des Krieges mit der legendreichen des Friedens wieder verlassen zu können. Daß Wort „Frieden“ hat auch in den Tagen erhöhtester und erfolgreichster Kämpfe in den deutschen Herzen seinen heiligen Klang nicht verloren. Der Wille zum Frieden hat niemals in Deutschland den Willen zur Verteidigung schwächen können, aber er ist niemals weniger stark gewesen als dieser. Das wissen Führer und Volk, das weiß der Krieger draußen, der arbeitende Mann dahel, das wissen Deutschlands tapfere Frauen. Der Wille des deutschen Volkes zum Frieden ist wirksam geworden in dem Friedensangebot 1916, in der Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917, in der Antwort auf die Friedensnote des Papstes, — er ist nun zur Tat geworden in der Note der deutschen Reichsregierung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Als der Reichskanzler am 8. Oktober im Reichstag bekanntgab, daß er im Namen der neuen auf eine gewaltige Mehrheit des Volkes gegründeten Regierung der Präsidenten der Vereinigten Staaten gebeten habe, die Herbeiführung des Friedens in die Hand zu nehmen, lag es wie eine selbstverständliche feierliche Zustimmung über der gesamten Volksvertretung. Kein Zeichen der Widerstande ward laut oder sichtbar. Man empfand die Schwere und die Größe einer Tat, die breiter begründet tiefer verwurzelt war als nur in gewissenhaftem Beschluß eines einzelnen verantwortlichen Staatsmannes. Dieser Schritt zum Frieden war eine Tat des ganzen Deutschlands; das gibt ihm seine wahrhafte Bedeutung von Art und Ernst der Beratungen, die dem Friedensschritt vorgegangen waren, konnte naturgemäß in di

entstehende nicht dringen. Im Reichstag, in politischen Kreisen der Reichshauptstadt war man wohl unterrichtet. Draußen im Lande nicht in gleichem Maße, und es konnten da vereinzelt Auffassungen Raum gewinnen, die der Bedeutung der Wucht der Tatsachen nicht voll gerecht wurden.

Kaiser und Kanzler an der Spitze sind die führende Deutschlands zusammengetreten: die führenden Männer der Parteien, in denen die große Mehrheit des Volkes in der Heimat vertreten ist, und die führenden Männer der Obersten Heeresleitung, die kraft unvergänglicher Erfolgs vom Vertrauen des Volkes, des deutschen Volkes in Waffen getragen sind, und sie alle sind in dem Entschluß einig geworden, dem deutschen Willen zum Frieden von der ganzen Welt Ausdruck zu leihen. Das Zusammenwirken aller der Männer, die berechtigt sind, im ganzen Vaterlande Glauben und Vertrauen zu fordern, gibt den Friedensschritt seine äußere und seine innere Stärke, seine populäre Kraft. Wohl bewußt, daß die deutsche Heimat das Maß der getragenen Entbehrungen, daß das deutsche Volk die Summe der vollbrachten Heldentaten höher und immer höher zu steigern vermag, wenn Freiheit und Leben des Reiches es fordern, haben die fürstlichen, die militärischen und die bürgerlichen Führer Deutschlands den Frieden anzubahnen unternommen, der unter Bahrung von Recht, Gerechtigkeit und Ehre den Schrecken des Krieges ein Ende setzt. Kaiser, Fürsten und Heeresleitung, Bundesrat, Reichstag und Reichsregierung, sie alle haben erwirkt, daß das der Wille des ganzen deutschen Volkes ist, das neben dem Willen zur Verteidigung den Willen zum Frieden in seiner starken Seele trägt.

Einig in der Ausprägung seiner Kraft, wie Deutschland im August 1914 in den schwersten der Kriege eintrat, so steht es in diesen Tagen weltgeschichtlicher Entscheidung einzig da, in kraftbewusster Ruhe, freudig entschlossen, dem brennenden Frieden die Hand zu reichen, bereit aber, wenn der Vernichtungswille der Feinde verlangt, einzutreten in den letzten furchtbaren Entscheidungskampf in der Kraft eines Gewissens mit der Gewißheit: Gott will es!

Die Erkenntnis.

Von einem alten Volkstümlich und zur gegenwärtigen Lage geschrieben:

Winnen einer einzigen Woche ist es dem deutschen Volke endlich klar geworden, was es bedeutet, mit unseren baherfüllten Feinden zum Frieden zu kommen. Man hatte sich in das Wort „Verständigungsfriede“ förmlich verliebt, und wer sich nicht darauf einschwören lassen wollte, der wurde als unverantwortlicher Kriegsverlängerer verfolgt und geschmäht. Im Rückblick auf unsere Erlebnisse dieser Wochen und Monate muß man sich wirklich fragen, ob wir nicht mit dem Verständigungsfrieden, so wie die Mehrheitsparteien ihn sich gedacht hatten, mehr Erfolg gehabt hätten, wenn weniger von ihm geredet worden wäre.

Unseren Feinden ist es im Traume nicht eingefallen, Minimalforderungen zu formulieren, die sie uns gegenüber durchziehen wollten. Sie haben überhaupt niemals eine Verständigung des Krieges durch Verhandlungen in Aussicht genommen, sondern immer und überall die Notwendigkeit betont, zu siegen und auf diese Weise an das Ziel ihrer Wünsche zu kommen. So haben sie es verstanden, die Stimmung unter ihren Völkern trotz schwerer Rückschläge immer wieder zu heben und vier lange Jahre hindurch zu halten, bis schließlich das Gewicht der amerikanischen Waffenhilfe mit voller Kraft in die Waagschale geworfen werden konnte. Ihre Wünsche aber, ihre Kriegsziele blieben gleich hochgehoben, ob auch das Schlachtenglück gerade für oder gegen uns entschieden hatte; höchstens machte sich zeitweilig noch eine Steigerung nach oben bemerkbar. In allem also so ziemlich das gerade Gegenteil des Verhaltens, das in Deutschland für gut befunden wurde. Wie stets im Leben wird auch hier der Erfolg das letzte Wort darüber sprechen, wer Recht gehabt hat: wir oder unsere Feinde. Es will uns scheinen, als wenn die richtige Erkenntnis jetzt bald Gemeingut unseres Volkes werden sollte.

Als ihr Geburtshelfer hat Präsident Wilson sich zweifellos vortrefflich bewährt. Mit seinem eigenen Sprachgebrauch entledigten Worten von Verständigung und Verständigung, von Menschlichkeit und Gerechtigkeit suchte der neue deutsche Reichskanzler sich ihm zu nähern. Die Antwort war von eisiger Kälte durchweht, auf Zweifel und Mißtrauen aufgebaut, und ihre Bedingungen hatten mit der Friedensentschließung des deutschen Reichstages auch nicht die allerentfernteste Ähnlichkeit. Nun kommt man nicht mit dem Einwand und sage, daß sie anders ausgefallen wäre, wenn unsere Regierung schon im vorigen Jahre, als unsere militärische Lage noch ungeschwächt war, Herrn Wilson um Frieden gebeten hätte. Einmal hat sie es an Friedensanerbietungen wirklich zu seiner Zeit fehlen lassen, weder vor noch nach der Jultresolution des Reichstages und dann ist diese, daß weiß man doch eigentlich zur Genüge, von unseren Feinden genau ebenso mit Hohn und Spott zurückgewiesen worden wie das Friedensangebot unseres Kaisers und die vielen Friedensnoten unserer und der österreichisch-ungarischen Regierung. Und waren wir mit Friedensgeboten hervorgetreten, nachdem wir gerade neue Beweise unserer Waffenstärke gegeben hatten, dann hieß es auf der Gegenseite: nun erst recht nicht, sonst könnten die „Woches“ sich am Ende noch einbilden, daß sie unbesiegt und unbeflagbar aus diesem Kriege hervorgingen. Kein, was wir auch immer unternahmen und welchen Zeitpunkt wir wählten, stets stießen wir auf ein Hindernis, das wir nicht zu nehmen vermochten, und das war der schiefe Siegeswille unserer Feinde. An ihm brachen sich alle Versuche, zu einer Art geistiger Abrüstung zu gelangen. Und tausendmal ist es deshalb von denen, die sich durch keinen Schein und durch keine Selbsttäuschung beirren

liegen, dem deutschen Volk gesagt und gepredigt worden: Daß sich nicht auf Abwege führen, sondern halte fest an deinem Willen zu siegen, sonst bist du verloren! Herr Wilson hat uns jetzt jeden Zweifel darüber beseitigt, daß er wenigstens nicht mehr an unseren Siegeswillen glaubt.

So weiß jetzt das deutsche Volk endlich, woran es ist. Der Friede, der ihm geboten wird, ist ein Unterwerfungs-, kein Verständigungsfrieden, und es hätte nie einen anderen bekommen können, wenn es eben nicht zuvor den Krieg bis zum vollen Siege durchgeführt hätte. Daran haben wir es fehlen lassen. Die Folgen, die schrecklichen Folgen werden das Volk in seiner Gesamtheit treffen — wenn nicht noch im allerletzten Augenblick der Geist der Freiheitskriege wieder unter uns lebendig wird.

Ausbau der Reichsverfassung.

Der Reichstag beim Friedensschluß.

Berlin, 12. Oktober.

Zugleich mit der fortschreitenden Parlamentarisierung der Regierung wird der angekündigte Ausbau der Reichsverfassung vollzogen. Zu diesem Zwecke werden den Reichstagen demnächst zwei wichtige Vorlagen zugehen, die den weiteren Ausbau der Reichsverfassung im Sinne des Parlamentarismus zum Gegenstande haben. Die eine Vorlage bezieht sich auf Artikel 11 der Reichsverfassung nach welchem der Kaiser die alleinige Befugnis hat, in Namen des Reiches Krieg zu erklären und Frieden zu schließen. Nur in Bezug auf die Erklärung eines Angriffskrieges bedarf bisher der Kaiser der Zustimmung des Bundesrats. Durch die neue Vorlage soll nun die Mitwirkung des Reichstages bei der Entscheidung über Krieg und Frieden in der Verfassung festgelegt und deutlicher als bisher in ihr zum Ausdruck gebracht werden, daß das Reich wie im Jahre 1870 der Bundeskanzler erklärte, ein wesentlich defensives Staatswesen ist.

Durch die zweite Vorlage, die zu Artikel 17 der Reichsverfassung eingebracht wird, soll ein Kanzlerverantwortlichkeits-Gesetz geschaffen werden. Die Verantwortlichkeit des Kanzlers für Anordnungen und Verfügungen im Namen des Reiches ist bereits in den erwähnten Artikel festgelegt, aber es fehlt bisher an Bestimmungen über die rechtlichen Wirkungen, die diese Verantwortlichkeit für den Kanzler selbst hat. Diese Lücke soll nun ausgefüllt werden.

Die Neubildung der Regierung schreitet inzwischen stetig vorwärts. Wie verlautet, scheidet Unterstaatssekretär Dr. August Müller aus dem Kriegsministerium aus. An seine Stelle tritt der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt, der sich schon bisher in Ernährungsbeirat des Reichstages betätigt hat. August Müller tritt als Unterstaatssekretär in das Reichswirtschaftsamt über, für das zuerst Robert Schmidt vorgesehener war. Wie ferner die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt, steht die Ernennung des Abgeordneten Stöckert als Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt bevor.

Erklärungen Bekerles.

Budapest, 12. Oktober.

Ministerpräsident Bekerles führte heute in der Konferenz der 48er Verfassungspartei aus: In Verantwortung der Bismarcknote müsse Ungarn mit Deutschland gemeinsam vorgehen, wie überhaupt die Friedensbedingungen für alle Eventualitäten im Einvernehmen mit Deutschland ausgearbeitet würden. Auch müsse dafür gesorgt werden, daß Ungarn bei den Friedensverhandlungen unmittelbar vertreten sei. Österreich gegenüber stehe man bereits vor vollendeten Tatsachen. In den südslawischen Fragen sei der ungarische Standpunkt der gewesen, daß Ungarn nichts gegen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien hatte, Bosnien und die Herzegowina aber müßten sich selbst entscheiden, ob sie Kroatien oder Ungarn angehören wollten. Bezüglich der Nationalitätenfrage werde man bei den Friedensverhandlungen den Standpunkt einnehmen, daß allgemeine Grundzüge auf der Grundlage des internationalen Rechtes festgestellt werden, die auch in den Entente-Ländern zum Geltung gelangen sollen. Was die Ansprüche der Tschechen auf die slowakischen Komitate betreffe, so hätten die breiten Volksschichten dieser Komitate ohne jede behördliche Genehmigung sich gegen die Angliederung an Böhmen verwahrt. Eine schwerwiegende Sache sei es, daß man in Österreich vollständig zum Föderalismus übergegangen sei. Der österreichischen Staatsgewalt scheine leider keine Kraft

unzugewogen, den tschechischen Bestrebungen zum Ausweichen auf vollständig föderalistischer Grundlage die Wege zu verlegen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Der Reichskanzler hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen für die Übergangszeit unterbreitet, in dem folgendes bestimmt wird: Der Bundesrat wird ermächtigt, diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Regelung des Überganges von der Kriegswirtschaft in die Friedenswirtschaft (Übergangswirtschaft) als notwendig erweisen. Vor dem Erlasse grundlegender Anordnungen für die Übergangswirtschaft auf Grund des § 1 ist die Zustimmung eines aus fünfzehn Mitgliedern bestehenden Ausschusses einzuholen, den der Reichstag aus seinen Mitgliedern wählt. Dieses Gesetz tritt außer Kraft, sobald die Übergangswirtschaft als beendet angesehen werden kann. Wenn dies der Fall ist, wird durch Kaiserliche Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats bestimmt.

+ In der Wahlrechtskommission des preussischen Herrenhauses wurden die in der letzten Sitzung angekündigten Änderungsanträge bei 18 Stimmenthalten im ganzen angenommen. Danach ergeben sich gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung folgende wesentliche Änderungen: Die Altersaufgabe fällt, die Aufenthaltsdauer für Wahlübung von einem Jahr wird auf sechs Monate beschränkt. Die Forderung der dreijährigen Staatsangehörigkeit wird beseitigt, ebenso die Wahlpflicht; die Wahlschließungsgründe werden eingeschränkt, die für Verleihung eines weiteren Abgeordneten erforderliche Einwohnerzahl wird von 250 000 auf 200 000 ermäßigt; die Verhältniswahl wird in einer Anzahl großstädtischer Wahlkreise eingeführt und kann im Wege der Gesetzgebung ausgedehnt werden. Das Herrenhaus wird in seiner Zusammensetzung insoweit geändert, wie in der ersten Lesung beschlossen; außerdem treten 16 Vertreter der Arbeiter und 8 Vertreter der Angestellten hinzu, während die Vertretung des Grundbesitzes verringert wird. Der Numerus clausus wird wieder auf 150 erhöht. Die kulturellen Sicherungen verbleiben in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Form. Das Staatsrecht des Herrenhauses wird gegenüber den Beschlüssen der ersten Lesung eingeschränkt, so daß in diesem Punkte im wesentlichen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses wiederhergestellt werden. Die Kommission wird am Donnerstag wieder zusammentreten.

Osterreich-Ungarn.

* Der Rücktritt des Kabinetts Bekerles ist, wie der ungarische Ministerpräsident einem Zeitungsmanne erklärte, nunmehr sicher. Bekerles meinte, er habe bereits der Krone seinen Rückfolger vorgeschlagen. Die Gründe der Demission Bekerles liegen nicht allein in der weltpolitischen Lage, sondern in tiefgehenden Verstimmungen. Es scheint, daß im Kabinett Nebenströmungen aufgelebt sind, die eine einheitliche Aktion verhindern. Auch die beabsichtigte Lösung der südslawischen Fragen fand nicht die Zustimmung Bekerles. Er bemühte sich, ein Konzentrationskabinett aus sämtlichen Parteien zu bilden. Diese Bemühung jedoch mißlang. Über die Person seines Nachfolgers äußerte Bekerles nichts.

Polen.

* Das national-polnische Programm, von dessen Annahme die Vertreter der Linken ihre Zustimmung zur Regierungsbildung abhängig machen, umfaßt folgende Forderungen: Die Regierung muß in ihrer Mitte eine radikale Mehrheit haben. Wilsudski und die politischen Gefangenen werden freigelassen. Die Zivilverwaltung geht in die Hände der polnischen Regierung über. Versammlungsfreiheit wird gewährt, die Zensur aufgehoben, die Requisitionen eingestellt, die Lebensmittelzufuhr verboten. Die Okkupationsgrenzen werden aufgehoben. Sollte der Regentatsrat dies nicht durchführen können, so gehen die gesamten linken Gruppen zu schärfster Opposition über. Angeblich wollen die linken Gruppen, wenn sie zur Regierung gelangen, als wichtigste Aufgabe die unerschütterliche Organisation eines Heeres unter nationaler Führung betrachten. — Allen Anschein nach haben auch andere politische Gruppen diesem Programm zugestimmt.

Ukraine.

+ Die russisch-ukrainischen Verhandlungen sind nun-

mehr völlig unterbrochen worden. Man wird sie erst wieder aufnehmen, wenn sich eine neue Basis gebildet hat, da man die Aussichtslosigkeit der neuer Verhandlungen endlich eingesehen hat. Auch die letzte Sitzung war reich an Zwischenfällen, da drei Kurieren der Sowjetregierung in Bachmatsch verhaftet sein sollten und diese Nachrichten den Besprechungen über die Kuriersicherheit große Schärfe gab. Die ukrainische Delegation ist zu dem formulierten Standpunkt gekommen, daß die Kommissionen des Waffenstillstandsvertrages ihre Arbeiten trotz der endgültigen Unterbrechung der Delegationsitzungen fortführen könnten. So wurde mit dem üblichen Austausch von Höflichkeit die letzte Sitzung geschlossen, nachdem festgestellt war, daß die Kommissionen über Eisenbahnen, Post, Unterthanenschaft, Konsulate im Rahmen des Waffenstillstandsübereinkommens weiterarbeiten sollte.

Der Krieg.

Militär. W. Z. B.

Strobes Hauptquartier, den 13. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Am Kanal-Abchnitt beiderseits von Douai und am Bestande von Douai stehen wir in Gefechtsstellung mit dem Feinde. Douai hat durch feindliches Artilleriefeuer und Fliegerbomben erheblich gelitten. Nordöstlich von Cambrail haben wir uns in der Nacht vom 11./12. 10. vom Feinde etwas abgesetzt. Der Feind ist gestern Mittag gefolgt und land am Abend bei Avesnes le Sec und auf den Höhen im westlichen Sella-See bei Saulzoir und Haussy. Am frühen Morgen heftiger Artilleriekampf beiderseits von Le Cateau. Zwischen Solesmes und Le Cateau griff der Feind mit starken Kräften an. Es gelang ihm beiderseits von Neuville in unsere Stellungen einzudringen. Unser Artilleriegeschütz führte zu vollem Erfolge und warf den Feind wieder zurück. Ein am Abend bei Briastre erneut vorbereiteter Teilangriff wurde abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Oise steht der Gegner zu starken Angriffen beiderseits von Saur-Andigny, östlich von Bohain und bei Lisonville an. Bei und nördlich von Origny suchte er über die Oise in unsere Stellungen einzudringen. Die Hauptlast des Kampfes trugen thüringische Regimenter der Feind wurde überall, teilweise in hartem Nahkampf und im Gegenstoß, abgewiesen.

Auf der Front zwischen Oise und Aisne ist der Feind unseren rückwärtigen Bewegungen auch gestern nur langsam gefolgt. Er hatte am Abend die Waldungen von St. Gobain, die Höhen nördlich der Ailette und Amontaine erreicht. Nördlich des Retourne-Abchnitts hat er die Linie Aisne-La Ville-Avancou-Verthes-Saur-Schampagne-Bonziers nur mit schwachen Kräften überschritten. Feindliche Abteilungen, die südöstlich von Bonziers über die Aisne vordringen, wurden gefangen genommen. Teilangriffe des Gegners bei Termes an der Aisne wurden abgewiesen.

Seeresgruppe Gallwin.

Teilangriffe des Feindes auf dem Westufer der Maas scheiterten. Erneute Kämpfe hielten tagsüber östlich der Maas zwischen dem Ormont-Walde und dem Waville nordöstlich von Beaumont an. Der Amerikaner, der unter starkem Kräfteeinsatz seine vergeblichen Angriffe immer wieder erneuerte, wurde von preussischen, sächsischen, württembergischen und österreichisch-ungarischen Regimenten in hartem Kampfe zurückgeworfen.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.

Bei erfolgreichen Unternehmungen westlich von Flamont und nördlich des Rhein-Rhone-Kanals machten wir Gefangene.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Kämpfe in der Gegend von Risch. Stärkeren Angriffen wider unsere Truppen beschloßgemä ß auf die Höhen nördlich der Stadt aus. Risch wurde vom Feinde besetzt.

Der Erste Generalquartiermeister.

Ludendorff.

Vom Tage.

Berlin, 13. Oktober. Der Kaiser und König hat bei Reichskanzler und den preussischen Justizminister beauf-

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

22. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

So hatte sich der Eindruck schnell wieder verwischt, und er sah nach wie vor den großdenkenden, edlen Menschen in ihr. Wie edel war es von ihr, daß sie, trotzdem sie seine Verlobung um so manches Borecht brachte, so großen Anteil daran genommen hatte! Als echte Freundin hatte sie sich ihm erwiesen und ihn auf die Gefahren einer lieblosen Ehe aufmerksam gemacht, aus dem Schatz ihrer eigenen Erfahrung heraus. Und trotzdem Josta ihr mancherlei nahm und sie dieselbe nicht einmal persönlich kannte, nahm sie ihre Partei und schalt ihn, daß er sie ohne Liebe heiraten wollte. O — sie braut, nicht in Sorge darum zu sein! Sein Herz schlug seiner künftigen jungen Frau durchaus nicht kalt und ruhig entgegen. Wenn er nur so sicher hätte sein dürfen, daß sich ihm auch Jostas Herz in einer tieferen Reizung als bisher zuwenden würde. Und tiefatmend sagte er sich:

„Ich liebe Josta — ja, ich liebe sie mit der tiefen, innigsten Liebe, und ich hoffe, sie glücklich zu machen, denn ihr Glück gilt mir mehr als das meine.“

Und seine Gedanken umkreisten Josta mit großer Sehnsucht. Erst als Heilmann eintrat, wurden seine Gedanken von ihr abgelenkt.

„Da sind Sie ja, Herr Administrator! Ist alles gut gegangen in meiner Abwesenheit?“

Heilmanns Gesicht hellte sich auf. Er legte seine Hand in die des Grafen, der sie ihm warm entgegenstreckte.

„Alles in schönster Ordnung, Herr Graf. Mit dem Anbau der Rüben sind wir fertig geworden, Mais und Buchweizen sind gesät. Und die Waldarbeiter tun ihre Schuldigkeit. So langsam können wir nun die Vorbereitungen für die Heuernte treffen.“

Graf Rainer nickte.

„Haben Sie nicht ein bißchen gebrummt, daß ich so mitten aus der Arbeit davonlaufe? Ich kam mir ein wenig wie schamlos vor.“

Heilmann lachte.

„So schlimm war das nicht, Herr Graf. Sie werden schon Ihre Gründe dafür gehabt haben.“

Graf Rainer nickte.

„Es gibt Dinge, die stärker sind als alle Vernunft. Ich mußte fort. Und nun sehen Sie einen Heiratskandidaten in mir, Herr Administrator. Ich habe mich mit der Freiin Josta von Waldow verlobt. Sie können das morgen den Leuten mitteilen.“

Heilmanns Augen strahlten in ehrlicher Freude. „Das ist eine Freudenbotschaft — für uns alle, Herr Graf. Ich gestatte mir, meinen ergebensten Glückwunsch dazubringen.“

„Danke, lieber Heilmann. Bei solch einem Schritt kann man herzliche Glückwünsche sehr nötig brauchen. Bitte, nehmen Sie Platz, ich möchte einiges mit Ihnen besprechen. Hier sind Zigarren, bitte, bedienen Sie sich.“

Er schob Zigarren und Feuerzeug zurecht und zündete sich selbst eine Zigarette an. Heilmann bediente sich dankend.

Nun saßen sie sich gegenüber. Graf Rainer sah eine Weile dem Rauch seiner Zigarette nach. Dann sagte er aufatmend:

„Also — ich muß Ihnen noch etwas mehr Arbeit aufbürden. In den nächsten Wochen muß das Witwenhaus instand gesetzt werden, und sobald dann Gräfin Gerlinde übergesiedelt ist, gibt es hier im Schloß auch noch dies und das zu tun. Am 10. Juli ist meine Hochzeit bereits, und ich gedenke, nach meiner Rückkehr von der Hochzeitsreise, so etwa Anfang August wird das sein, die Zimmer des verstorbenen Grafen Rochus im Westflügel zu beziehen. Für meine Frau muß dann noch mancherlei in den bisherigen Zimmern der Gräfin Gerlinde eingerichtet werden. Wir besprechen das noch ausführlich. Ich werde also Ramberg gerade in der Erntezeit verlassen. Wenn ich auch meine Hochzeitsreise nur auf vier Wochen bemessen habe, so können Sie doch in all der Zeit nicht viel auf mich rechnen. So viel wie im vorigen Jahre kann ich Ihnen nicht helfen. Wird es Ihnen nicht zu viel werden?“

Heilmann wehrte ab.

„Was gehen muß, das muß gehen, Herr Graf. Keine Sorge darum. Graf Rochus ist ja auch oft den ganzen Sommer mit der Frau Gräfin auf Reisen gewesen, und es hat auch gehen müssen. Man tut mal ein bißchen mehr als seine Pflicht, und bei einem so gütigen und gerechten Herrn wird einem das nicht sauer. Also machen Sie sich keine Gedanken darüber, Herr Graf.“

„Nun gut — mein Gewissen habe ich nun Ihnen gegenüber erleichtert“, scherzte Graf Rainer.

Heilmann lachte. Und dann fragte er mit sichtlich Befriedigung:

„Bis wann wünscht die Frau Gräfin das Witwenhaus in Ordnung zu haben?“

„Ich habe noch nicht mit ihr darüber gesprochen. Es wird mir schwer, dies Thema zu berühren. Aber in den nächsten Tagen wird sich wohl eine Gelegenheit dazu geben. Heute Abend habe ich der Frau Gräfin nur kurz die Nachricht von meiner Verlobung überbringen können. Sie hatte starkes Kopfweh und mußte sich zur Ruhe begeben.“

Heilmann machte sich über dieses Kopfweh keine Gedanken. Aber die sprach er nicht aus. Er freute sich nur sehr, daß in Ramberg eine andere Herrin einziehen würde. Gegen Gräfin Gerlinde hatte er einen tiefen, ehrlichen Groll, weil sie, wie er nur zu gut wußte, dem Grafen Rochus das Leben so schwer gemacht hatte.

Die beiden Herren besprachen noch allerlei, und dann zog sich Heilmann zurück.

Graf Rainer ging hinüber in den Speisesaal. Das war ein mächtiger hoher Raum, bis zur halben Höhe mit einer kostbaren Holzvertäfelung versehen. In langen Reihen standen ringsum an den Wänden die hohen Sessel, die nur gebraucht wurden, wenn Gäste im Schloß waren. Wichtige Kredenzen und Silbergeschänke waren direkt in die Wände eingebaut. Wie verloren stand in diesem weiten Raum die kleine runde Tafel, die für zwei Personen gedacht war. Sie war in eine zurückgebaute Kaminede gerückt, die mit einem schweren, gobelinartigen Vorhang, der an Ringen über eine Metallstange lief, abgehangen werden konnte.

(Fortsetzung folgt.)

solche Personen, die vom Reichsgericht oder von
anderen Zivilgerichten einschließlich der außerordent-
lichen Kriegsgerichte wegen politischer Verbrechen und
Vergehen zu Strafen verurteilt sind, insbesondere wegen
Verbrechen aus Anlaß oder bei Gelegenheit von Streik-
demonstrationen, Lebensmittellunten und ähn-
lichen Ausschreitungen bestraft sind, in weitem Um-
fange ihm zur Begnadigung vorzuschlagen. Ein solcher Auf-
trag ist von den deutschen Bundesfürsten und Senaten der
einzelnen Städte wegen der in ihren Gebieten begangenen
politischen Straftaten ergangen.

München, 13. Oktober. Ein königlicher Erlass kün-
ftig eine weitgehende Amnestie an.

Genf, 13. Oktober. Die interalliierte Konferenz ist
beendet. Lloyd George, Bonar Law, Robert Cecil, Cle-
mentau, Bichon, Orlando und Sonnino nahmen daran
teil.

Konstantinopel, 13. Oktober. Die Zeitungen
melden die Meldung vom Rücktritt Talaat Pascha für ver-
altet. Der Rücktritt werde erst erfolgen, wenn das neue
Kabinett gebildet ist.

Bern, 13. Oktober. Der französische Senatskandidat
für auswärtige Angelegenheiten nahm mit lebhafter Begeis-
terung die sehr bestimmte Erklärung des Präsidenten Wil-
son zur Kenntnis, wonach kein Waffenstillstandsvorschlag
angenommen sei, an die Bundesgenossen weitergeleitet zu wer-
den, solange die Feinde irgend einen Teil des Landes be-
sitzten.

Berlin, 13. Oktober. Anlässlich der Räumung auf-
gegebener Ortschaften haben Bundesgenossen in besetzter
Gebiet vielfach zu den deutschen Heeresangehörigen ge-
sagt, sie zögen trotz aller Trauer über die Trennung von
den Heimstätten vor, mit uns zurückzugehen statt auf die
Engländer zu warten. Mit deutschen Soldaten seien sie
immer gut ausgekommen. Von den Engländern er-
warteten sie weniger rücksichtsvolle Behandlung.

Sofia, 13. Oktober. Hier wird behauptet, der frühere
Ministerpräsident Radoslawow habe gestern als deutscher
Gefangener verkleidet, Sofia verlassen.

Osaka, 13. Oktober. Der Minister des Äußern er-
klärte in Beantwortung einer Anfrage, daß die Wirt-
schaftsverhandlungen mit Deutschland wieder aufgenommen
werden würden. Die Politik der Regierung werde
unter allen Umständen national und neutral bleiben.

Berlin, 13. Oktober. Auf Anfragen der Obersten
Verwaltung hat die deutsche Regierung vorgestern die
deutsche Regierung gebeten, sie möge sich umgehend an die
österreichische Regierung wenden und ihr mitteilen, daß sich
die Einwohner von Völs und der umliegenden Arbeiter-
kolonien eine ungeheure Erregung bemächtigt habe. Die
Furcht vor einer Verschickung dieser Städte durch die En-
teente mache eine Massenflucht wahrscheinlich und die deutsche
Verwaltung werde nicht imstande sein, für diese Massen
zu sorgen. Gleichzeitig ist die österreichische Regierung be-
trübt worden, ob es ihr möglich sein würde, für die Unter-
bringung der Flüchtlinge Sorge zu tragen. Die holländische
Regierung hat bejähend geantwortet.

Amsterdam, 13. Oktober. In einer Rede zu Ehren
der amerikanischen Journalisten erklärte Valfour, die eng-
lisch-amerikanische Kultur bedeute Freiheit und Fortschritt
und daß, wenn sie immer mehr und mehr verbreitet würde,
die Welt das Heil der Welt.

Stockholm, 12. Oktober. Stockholm's Dagblad
schreibt: Bedenkt man die ausgezeichnete sozial-
politische Gesetzgebung, mit der Deutschland
den übrigen Europa ein schönes Beispiel gegeben hat,
dann nimmt sich das Eintreten des Reichskanzlers für eine
internationale Arbeitergesetzgebung als natürliche Sache
an. Man könnte meinen, daß ein solches Kriegsziel in
noch höherem Maße eine natürliche Sache für die Staats-
männer der Westmächte gewesen wäre, welche Demokratie
und Volksgläub gepachtet haben; von ihnen aber hat man
keinen solchen tatsächlichen Beweis für Volksfreundlichkeit
gesehen. Mit Recht hat auch Branding geschrieben: „Der
Reichskanzler geht der Entente mit gutem Beispiel voran,
indem er die Forderung des internationalen Gewerks-
chaftskongresses in Bern annimmt. Noch keiner der
führenden Staatsmänner der Entente hat dieselbe Zu-
sicherung hinsichtlich einer Forderung gegeben, welche der
internationalen Gewerkschaftskongress in Bern kurz vorher
erhalten hatte, und welche auf dasselbe hinauslief, wie das
„Bern's Programm“. Die englischen Arbeiter und der
Bern's Kongress haben also jetzt die erste offizielle An-
erkennung auf ihren Appell bekommen, aber diese Antwort ist
nicht von den gelobten Vätern der Demokratie, sondern
von jenem Deutschland ausgegangen, an dessen inner-
politischen Umgestaltung in demokratischer Richtung die
Kreise derjenigen Länder, in denen die Macht der Kräfte
herrscht, angeblich zweifelt. Diese Einheit für sich allein
wirkt ein helles Licht auf den Wert des vielen Geredes
der Entente über die Demokratie, für welche die
Entente gegenüber einem angeblich zurückgebliebenen, un-
tätigen deutschen Volke kämpft.

Bern, 12. Oktober. Die französische Kammer
hat gestern Interpellationen über die Lebens-
mittellieferung beantwortet. Der Abgeordnete
Lafont erklärte, daß die Arbeiterklasse und der Mittel-
stand schwer unter der Teuerung litten; Kartoffeln,
Butter und Fett fehlten. Er verlangte durchgreifende Maß-
nahmen gegen den Zwischenhandel und die Gastwirte, die
aus dem allgemeinen Elend Vorteil zögen. Zahlreiche
andere Deputierte schlossen sich diesen Ausführungen an
und betonten besonders die Notwendigkeit der Kartoffel-
steuer zu heben. Lafont erklärte, daß die falschen Maß-
nahmen, wie Handelsbeschränkungen und Preisfestsetzun-
gen, die Schuld an der schlechten Lage trügen.
Lafont bemerkte, daß die Verteilungsschwierigkeiten
die Folge der Pariser Bevölkerung in die Provinz
hinführen eine ungeheure Teuerung hervorgerufen hätten.
Verwaltungsminister Poincaré führte in längerer Rede
aus, daß die Bevölkerung der Regierung durch Kampf
gegen den Zwischenhandel zur Bekämpfung der Teuerung
helfen müsse. Als Hauptursache der Krise hob er besonders
die Unzulänglichkeit der Einfuhr und die Verminderung
der verfügbaren Arbeiter, das Eintreten der alliierten
Truppen und die Verschwendung hervor. Poincaré betonte
die Notwendigkeit äußerster Einschränkung. Ruffin-
Lafont erklärte sich nicht mit den Ausführungen des
Ministers einverstanden und verlangte, daß die Regierung
die Arbeiterbevölkerung die notwendigen Lebensmittel
sicherstelle. Einige weitere Deputierte befragten für
den Notfall einer allgemeinen Beschlagnahme die Ent-
scheidung der Konsumgesellschaften und scharfe Maß-
nahmen gegen die Spekulation. Sodann wurde eine

Tagelagerung angenommen, die der Regierung das Ver-
trauen ausdrückt und sie auffordert, durch kräftige Maß-
nahmen gegen die Spekulation die Verpflegung des
Landes sicherzustellen.

Der Rücktritt des Herrn v. Berg.

Berlin, 12. Okt. Der Kaiser hat das Entlassungsge-
heiß des bisherigen Ratschalters v. Berg angenommen. Mit
der einstweiligen Führung der Geschäfte ist der Geheim-
rat im Reichskabinett Dr. Dörmann betraut worden.
Als mutmaßlicher Nachfolger v. Bergs wird außer dem
früheren Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei Bahnschaffe
(der nur vorläufig die Geschäfte der Reichskanzlei führt) der
Legationsrat Graf Wedel genannt.

Rücktritts Programm.

Berlin, 12. Okt. Dankschreiben des Reichskanzlers an
ein an ihn gerichtetes Begrüßungsschreiben der Berliner
Handelskammer, daß er sich bemühen werde, dem Unter-
nehmungsgeist des deutschen Kaufmanns die Bahn zu ebnen,
und ihn von unnötigen und hinderlichen Fesseln zu befreien.

Reformwünsche in Sachsen.

Dresden, 12. Okt. Wohligen den reformfreundlichen Vor-
sätzen der sächsischen Zweiten Kammer fanden bedeutungsvolle
Verhandlungen statt, die die Grundlagen zu einem weiteren
Vorgehen in den wichtigsten Reformfragen ergeben haben.
Die Verhandlungen werden in der nächsten Woche fortgesetzt
und wahrscheinlich erfolgreich beendet werden.

Italienische Angriffe abgelehnt.

Wien, 12. Okt. Amtlich wird verlautbart: Die Hoch-
ränge der k. k. Armee haben gestern der Schaulust
bestimmter für und erfolgreicher Kämpfe. Nach kurzem Feuer-
schlag setzten um 4 Uhr früh zwischen Asse-Val und Monte
di Val della italienische Angriffe ein. Während die Ver-
stärkte bei Asse durch unser Abwehrfeuer zum Scheitern
gebracht wurden, gelang es den Franzosen und Italienern
auf dem Monte Sismol vorübergehend in unsere Gräben
einzudringen. Aber ungeachtet eingehender Gegenwehr
unserer Bataillondreserven warfen den Feind sofort wieder
hinab. Auf dem Ostteil der Hochfläche brachen die An-
griffe des Feindes in unserem Feuer, teils im Nahkampf
oder Gegenstoß zusammen. Zahlreiche Tote und schwer-
verwundete Gegner liegen vor unseren Stellungen. Der
Erfolg ist ebenso das Verdienst der Truppen wie der
Führung.

Ein ruthenischer Staat.

Wien, 12. Okt. Auf Einladung des Ministers Vor-
schlags und des ukrainischen Metropolitens Serwitsch fand
gestern eine Sitzung der österreichischen Ukrainer (Ruthenen)
statt, in der die Bildung einer konstituante beschlossen wurde.
Es soll ein selbständiger Staat gebildet werden, bestehend aus
den ungarischen Ruthenen und den österreichischen Ukrainern.

Bulgarien vor inneren Kämpfen.

Wien, 12. Okt. Nach den aus Sofia vorliegenden kon-
sularischen Berichten ist in nächster Zeit mit dem Ausbruch
schwerer innerer Verwirrungen in Bulgarien zu rechnen. Die
Arbeiter und die Kleinbauern verhärteten den Anhang der
Bolschewisten in gefährlicher Weise.

Großfürst Michael ermordet.

Stockholm, 13. Okt. Moskauer Berichten zufolge wurde
der Großfürst Michael Alexandrowitsch, der Bruder des
Zaren Nikolai, mit seinem Sekretär am 12. September
bei Tschukow im Gouvernement Perm von den Rotgardisten
verhaftet. Die letzte Tage von der Südfront eingelangten
Nachrichten besagen, daß der Großfürst und sein Sekretär
bei einem Fluchtversuch von der Bewachungsmannschaft
erschossen worden seien.

Der polnische Nationalrat.

Wien, 12. Okt. Der Polenklub des österreichischen Abge-
ordnetenhauses hat zu existieren aufgehört. An seine Stelle
tritt ein Nationalrat als oberste nationale Instanz des
polnischen Volkes.

Das dankbare Serbien.

Lugano, 12. Okt. Der „Secolo“ meldet aus Korfu: Das
serbische Parlament beschloß einstimmig, den Dank des Vater-
landes an die Alliierten auszusprechen. Der Finanzminister
gab bekannt, daß die Alliierten nach der Wiedereroberung
Serbiens 4 Millionen Dinar zum Wiederaufbau des serbischen
Staates bereitstellen werden.

Eine Rede Lansing.

Rotterdam, 12. Okt. Lansing hielt gestern im theo-
logischen Seminar von Auburn eine Rede anlässlich des hundert-
jährigen Bestehens des Seminars. Er erklärte, die Möglichkeit
zu Friedensverhandlungen sei ganz nahe gerückt. Es dürfe
nicht gehindert werden, daß der Geist der Rache den Beratungen
schade.

Ein amerikanischer Truppentransport gesunken.

Rotterdam, 12. Okt. Renter meldet: Der bewaffnete
Handelsdampfer „Orlando“ ist mit dem Dampfer „Casimir“ zu-
sammengestoßen. Beide Schiffe führten amerikanische Truppen.
Der Kreuzer ist vernichtet. Von 335 amerikanischen Truppen
sind 11 Offiziere und 60 Mann vermisst. „Casimir“ erreichte
einen schottischen Hafen.

Aus Rab und Fern

Herborn, den 14. Oktober 1918.

* Die beiden beschleunigten Personenzüge
ab Herborn morgens 11,20 Uhr nach Gießen und
abends 6,27 Uhr nach Köln fielen von heute ab
bis auf weiteres aus.

* (Seminar-Gedächtnisfeier.) Im An-
schluß an die gestrige Feier möchte ich ergänzend noch
auf eine Persönlichkeit unter den hiesigen Professoren
hinweisen, die von 1835 an hier durch ihren Wan-
del, ihr Wort und ihre Schriften in reichem Segen
gewirkt hat: D. W. L. Bauer. Er war 1811 in Amor-
bach (Bayern) als Sohn des nachmaligen herzoglich-
en Kammerdieners W. zu Viebrich geboren und hatte
in Göttingen studiert. Nach seiner Herborner Zeit
war er Hauslehrer in Wiesbaden und wurde von da
1835 zum Vikar der zweiten Pfarrei und Rektor am
Seminar berufen. 1843 wurde er 1. Pfarrer und 2.
Professor und erhielt 1860 die theologische Doktor-
würde. Die letzten 20 Monate seines Lebens war er
schwer leidend, nachdem er auch vorher oft durch
dunkle Zeiten hindurchgegangen war. Seine erste
Frau starb plötzlich und ließ ihn mit sechs noch un-
erzogenen Kindern zurück. Gott führte ihn wieder
eine Lebensgefährtin zu, die, wie Prof. Bauer in der
Grabrede sagte, „an den mutterlosen Kindern sich als
eine treue, wahre Mutter bewies, bis sie an dem Kran-
kenlager ihres Gemahls die höchste Probe aufopfer-
nder Liebe bestand. Das Leiden war ungemein
schmerzhaft, aber er trug es mit vorbildlicher Ge-
duld, bis er am 21. Juli 1861 heimging. Seine Frau
ist hochbetagt vor noch nicht langer Zeit in Wiesba-

den gestorben; auch aus dieser Ehe stammte ein Kind.
Bauer war als Prediger und Seelsorger hier sehr
beliebt, und den Kandidaten war er, wie Prof. Otto
von ihm sagt, „ein väterlicher Freund und gewissen-
hafter Führer in das Heiligtum des geistlichen Am-
tes“. In den Denkschriften des Seminars hat er wert-
volle Abhandlungen veröffentlicht, z. B. über die Kin-
dertaupe und den Eid. Das Evangelium des Marcus
hat er in Bibelfunden behandelt, die auch gedruckt
wurden (Dillenburg 1839). In diesem gediegenen Buch
spricht er sich auch über Segottesdienste aus. Bauer
ist auch hier noch unversehrt.

* Der Herborn-Dillenburg'sche Erzie-
hungsverein läßt in diesen Tagen seine Kollekte
durch den Kollektanten Holler erheben. Die Kriegs-
zeit mit ihren Nöten hat dem Erziehungsverein neue
Arbeit gebracht und in seiner Arbeit mancherlei
Schwierigkeiten. Trotzdem hat das Werk der Barm-
herzigkeit an mehr als 250 Kinder weiter-gesetzt
werden können, dank der treuen Mithilfe der Gemeinde
des Dillkreises. Möge der Verein auch in hiesiger Ge-
meinde offene Hände finden, wenn er jetzt wieder für
seine Pflegebefohlenen bittend anklopft.

Frankfurt a. M. Bei einem Einbruch in das
Optische Geschäft von Schleich-Ströhl am Kaiser-
platz in der Nacht zum Samstag erbeuteten die Diebe
Mikroskope, Ferngläser und andere optische Waren im
Werte von 25-30000 Mark. Da die wertvollsten
Sachen unberührt blieben, schienen die Einbrecher keine
„Fachleute“ gewesen zu sein. Vermutlich waren es Sol-
daten.

Die Grippe tritt in den Post- und Tele-
graphenämtern so stark auf, daß der Betrieb einge-
schränkt werden mußte.

Ulfingen. Der in den Jahren 1914 und 1915
hier tätig gewesene Landrat Georg Bacmeister ist
in Labiau, seinem jetzigen Wirkungsorte, im Alter von
38 Jahren der Grippe erlegen.

Bensheim. Ein Akt kaum glaublicher Roheit
wurde im nahen Elingshausen verübt. Dort hat man
einer lebenden Kuh eines Milchhändlers ein großes Stück
Fleisch aus dem Hinterviertel herausgeschnitten. Das
Tier mußte abgeschlachtet werden.

Kassel. (600 Angeklagte freigesprochen.) Die Straf-
kammer hat als Berufungsinstanz in einem Massenprozeß gegen
600 Einwohner aus Kassel wegen verbotener Hausdurchsuchung (sie
hatten Strafmandate über je 60-1500 Mk. erhalten) auf kosten-
lose Freisprechung erkannt. Die Angeklagten hatten ihre Schwei-
ne in einem Nachbargrundstück schlachten lassen, ohne dazu die Geneh-
migung eingeholt zu haben. Sie machten geltend, sie hätten
schlachten müssen, um leben zu können; im städtischen Schlachthaus
hätten sie aber wegen Überfüllung nicht schlachten lassen können.

Schwege. Gegenwärtig werden von einer auswärtigen
Firma die von der diesjährigen Ernte auf den Feldstufen
der Dörfer der näheren und weiteren Umgebung stehengeblie-
benen holigen Tabakstengel, die früher als wertlos be-
seitigt wurden, aufgekauft. Die Firma bezahlt 20-30 Mark
für den Zentner, sodas den Tabakbauern neben dem eigentlichen
Ernteerlös noch eine beträchtliche Einnahme erwächst. Die Ta-
bakstengel werden gekocht, und die Lauge wird zum Belzen der
Tabakerfabrikstoffe benutzt.

O Heimkehr der deutschen Kunstausstellung aus
Sofia. In Berlin ist die Nachricht eingetroffen, daß die
Kunstwerke, die sich auf der Kunstausstellung in Sofia be-
fanden, wohlbehalten die bulgarische Hauptstadt verlassen
haben und sich auf der Bahn nach Deutschland befinden.
Auch der Leiter der Veranstaltung, Professor Kern von
der Berliner Nationalgalerie, hat Sofia bereits verlassen.

O Laster Sieger im Viermeisterschachturnier. Aus
dem Berliner Schachturnier, an dem die Schachmeister
Dr. Laster, Dr. Tarrasch, Rubinstein und Schlechter be-
teiligt waren, ist Laster mit 4½ Zählern als Sieger
hervorgegangen.

O Wiedererscheinen des Spinnrades. Der während
des Krieges und besonders in diesem Jahre in der Lausitz
betrieblene vermehrte Anbau von Flach bringt es mit sich, daß
das Spinnen auf der Spindel wieder aufgenommen wird.
Bereits in diesem Winter wird man das Spinnrad im
sächsischen Bauernhause wieder schmunzen hören.

O Weinbockstich in Bayern. Um dem Kriegswucher
im Weinhandel zu steuern, haben die bayerischen Weinwirte
und anstehend die bayerischen Weinwirte einen
Weinbockstich beschlossen.

O Auf freiem Felde ermordet wurde bei Spandau
eine junge Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt
werden konnte. Heute haben eine weibliche Person auf
dem Felde regungslos daliegen. Sie eilten hinzu und
fanden eine tote, die einen Strick, mit dem sie erdrosselt
worden war, noch um den Hals hatte. Die Hände waren
ihre mit einem Strick zusammengebunden.

O Eisenbahnunglück in Rumänien. Am 9. Oktober
abends entgleiste südwestlich Craiova infolge Dammunter-
pflung durch wolkensbrüchigen Gewitterregens der
D-Bug 2 Bukarest-Budapest, nachdem erst eine halbe
Stunde vorher ein anderer Zug die Stelle ungefährdet
durchfahren hatte. Einige Wagen gingen Feuer. Eine
Anzahl von Personen kam ums Leben, mehrere wurden
mehr oder weniger schwer verletzt.

O Der erste Carmen-Güterzug aus Deutschland und
der erste Merkur-Güterzug aus Österreich sind in Bukarest
eingetroffen. Der Carmen-Güterzug bringt Porzellan,
Steingut, Glaswaren, Emaillegeschirr, Armaturen, Ra-
schimentelle, elektrische Betriebsartikel, Anilinfarben, Eisen-
nitrat, Naphthalin; der Merkurzug enthält Glas- und
Porzellanwaren, Papiergewebe, Bureauartikel, Kurzwaren
und Holzmöbel.

O Fleischlose Tage in Norwegen. Wie aus Christiania
gemeldet wird, behandelt das Provinzialverwaltungsdepartement
zurzeit die Frage der Einführung mehrerer fleischloser
Tage im ganzen Lande, falls die Fleischzufuhr auf Grund
des Höchstpreises geringer werden sollte, als es den An-
sichten hat.

O Eine Wasserhose. Im französischen Departement
Niere richtete eine Wasserhose gewaltigen Schaden an.
Die Eisenbahn- und Fernsprechverbindungen wurden unter-
brochen. Zwischen den Stationen St. Georges-Commercy-
Nure wurde die Bahnbohrung vollständig fortgeschwennt.
Häuser stürzten ein, die Ernte wurde vernichtet und meh-
rere Personen wurden getötet.

Letzte Nachrichten.

Der neueste deutsche Generalstabsbericht.

Großes Hauptquartier, (Wolff-Büro. Amtlich.)
14. Oktober 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht

Vorstöße des Gegners gegen die Kanalfront bei derseits von Bohain wurden abgewiesen. Der Feind, der vorübergehend in Aubigny an Bac eindrang, wurde im Gegenstoß wieder hinausgeworfen. Nordöstlich von Cambrai sind starke englische Angriffe zwischen Bohain und Haspres gescheitert. Südlich Solesmes säuberten wir ein aus den letzten Kämpfen noch verbliebenes Engländernezt.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Nördlich der Dife wurden erneute Angriffe der Franzosen bei und südlich von Monville abgewiesen. Nördlich von Laon und an der Aisne stehen wir in unseren neuen Stellungen. Die erfolgreichen Kämpfe der letzten Tage am Chemin des Dames und in den Stellungen an der Suippes, vor denen der Feind in fast täglich wiederholtem vergeblichem Ansturm erhebliche Verluste erlitt, haben hier ebenso wie auf dem Schlachtfelde in der Champagne die glatte Durchführung der Bewegungen ermöglicht.

Heeresgruppe v. Gallwitz.

Beiderseits der Maas keine größere Kampfhandlung. In erfolgreichen Angriffsunternehmungen nahmen wir kleinere, nach Abschluß der Kämpfe des 12. Oktober noch vom Feinde besetzt gehaltene Stellungsteile wieder.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Eine neue Partei auf der äußersten Linken.

Berlin, 14. Okt. (U) Auf der äußersten Linken ist eine neue Spaltung eingetreten. Eine neu gegründete kommunistische Partei, die erklärt, sie handle in Übereinstimmung mit der Gruppe der internationalen Sozialisten Deutschlands, sowie die Bremer Linksradi-kalen, wendet sich vor allem gegen die unabhängigen Sozialdemokraten. Die Haase-Partei sei kein Haas besser als die Scheidemannspartei. Es gelte, alle, die der alten Idealen des Sozialismus und der Völker-verbrüderung treu geblieben sind, unter einem neuen Namen zusammenzufassen, damit sie sich auch äußerlich von denjenigen unterscheiden, die sich fälschlich noch Sozialisten und Sozialdemokraten nennen.

Der neue Chef des Zivilkabinetts.

Berlin, 14. Okt. (U) Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist zum Nachfolger des aus dem Amt geschiedenen Herrn von Berg der frühere Staats-sekretär Dr. Clemens Delbrück als Chef des Zivil-kabinetts ausersehen. Dr. Delbrück ist bekanntlich im Mai 1918 durch Dr. Helfferich auf dem Posten eines Staatssekretärs des Innern abgelöst worden.

Günstige Aufnahme der Antwort in Washington.

Haag, 14. Okt. (U) Reuter meldet aus Washington: Die deutsche Antwort ist durch die offiziellen Kanäle nach Washington unterwegs. Nach Kenntnisnahme des durch drahtlose Übermittlung bekannt gewordenen Inhalts der Note wird in offiziellen Kreisen Washingtons erklärt, auf den ersten Blick scheine die Antwort eine völlige Annahme der Bedingungen Wilsons und eine befriedigende Beantwortung seiner Fragen darzustellen.

Große Begeisterung in London.

Haag, 14. Okt. (U) Die Antwort der deutschen Regierung ist in London Samstag bekannt geworden und hat in allen Theatern, Kinos und Konzertsälen eine große Begeisterung hervorgerufen. Die National-hymne wurde gesungen, und die Vorstellungen mußten unterbrochen werden, oder der Schluß mußte weggelassen. Allgemein herrscht die Ansicht, daß das Ende des Krieges nunmehr eine Frage von kurzer Zeit sei.

Warme und herzliche Aufnahme in Holland.

Haag, 14. Okt. (U) Die deutsche Antwort-note wurde in Holland fast auf die Minute gleichzeitig durch die Privatagentur des W. T. S. und durch die drahtlose Station ausgegeben. Am späten Abend gaben die größten Blätter aller drei Städte Extrablätter aus. Der Eindruck im Straßenbilde war besonders in Amsterdam auffallend. Die ganze Presse äußert sich in warmer und herzlicher Weise über Deutschland, wie man dies seit langer Zeit nicht gehört hat.

Briefangelegenheit und Kanzlerfrage.

Berlin, 14. Okt. (U) In der Angelegenheit des Briefes des Prinzen Max fand gestern nachmittag auch eine Sitzung des interfraktionellen Ausschusses statt, an der sämtliche Mitglieder des Ausschusses sich beteiligten. Ueber die Sitzung erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß die bürgerlichen Parteien fest entschlossen sind, eine Kanzlerkrise zu vermeiden. Die Sozialdemo-kraten sollen ebenfalls willens sein, einer Krise aus dem Wege zu gehen, wenn der Kanzler gewisse Zusicherungen macht. Die sozialdemokratische Fraktion wird in einer Sitzung am Dienstag endgültig zu der Frage Stellung nehmen. — Gestern nachmittag fand im Reichsamt des Innern beim Vizekanzler von Payer eine Besprechung über die gleiche Angelegenheit statt, zu der Vertreter mehrerer Parteien geladen waren.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Wed.

Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung.

Aufforderung

bezt. Einkommensteuer-Beranzlagung pro 1919.

Diesemigen Einkommensteuerpflichtigen, welche ein Einkommen von 3000 Mark oder weniger haben, fordere ich im eigenen Interesse behufs Vermeidung von Verurteilungen hiermit auf, die Anträge von

1. Schuldzinsen,
2. Renten und dauernden Lasten, die auf Privatverhältnissen oder auf Kirchenpatronatsverpflichtungen beruhen,
3. Beiträgen zu Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherungs-, Witwen-, Waisen- und Pensions-Kassen,
4. Versicherungsprämien, welche für die Versicherung des Steuerpflichtigen oder eines nicht selbständig zu veranlagenden Haushaltsangehörigen auf den Todes- oder Lebensfall gezahlt werden,
5. Schuldentilgungsbeiträge, welche bei der demnächstigen Veranzlagung zur Einkommensteuer auf Grund des § 8 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 19. Juli 1906

berücksichtigt haben wollen, spätestens bis zum 15. d. Mts. auf Zimmer Nr. 12 des Rathhauses anzumelden und Polizen, durch Vorlage von Belegen (Zins-, Beitrags-, Prämienquittungen pp.) nachzuweisen.

Herborn, den 8. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Bekanntmachung.

Die Aufnahme des Personenstandes zum Zwecke der Veranzlagung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1919 ist gemäß Artikel 40 der Ausführungsanweisung vom 25. Juli 1906 zum Einkommensteuergesetz in der Fassung vom 19. Juli 1906 auf

Dienstag, den 15. Oktober ds. Js.

festgesetzt worden.

Nach § 23 des Einkommensteuergesetzes ist jeder Besitzer eines bewohnten Grundstückes oder dessen Stellvertreter verpflichtet, der mit der Aufnahme des Personenstandes betrauten Behörde die auf dem Grundstück vorhandenen Personen mit Namen, Berufs- oder Erwerbsart, Geburtsort, Geburtsdatum und Religionsbekenntnis für Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen auch den Arbeitgeber und die Arbeitsstätte anzugeben.

Die Haushaltungsvorstände haben den Hausbesitzern oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen einschl. der Unter- und Schlafstellenmieter zu erteilen. Arbeiter, Dienstboten und Gewerbegehilfen haben den Haushaltungsvorständen oder deren Vertretern die erforderliche Auskunft über ihren Arbeitgeber und ihre Arbeitsstätte zu erteilen.

Wer die in Gemäßheit § 23 erforderliche Auskunft verweigert oder ohne genügenden Entschuldigungsgrund in der gestellten Frist gar nicht oder unvollständig oder unrichtig erteilt, wird nach § 74 des Gesetzes mit einer Geldstrafe bis zu 300 Mark bestraft.

Auch wer der in § 66 vorgeschriebenen Verpflichtung zur An- und Abmeldung nicht rechtzeitig nachkommt, wird mit einer Geldstrafe bis zu 20 M. bestraft. Dies wird mit dem Bemerkten bekannt gemacht, daß den Haushaltungsvorständen in den nächsten Tagen die Hauslisten zugehen werden, welche vollständig und richtig ausgefüllt am

15. Oktober

vormittags zur Abholung bereit sein müssen. Strafe und Hausnummer am Kopf der Hausliste ist genau auszufüllen.

Dem Steuerpflichtigen steht es frei, in den in der Hausliste hierfür vorgesehenen Spalten freiwillige Angaben über ihre und ihrer Haushaltungsangehörigen Einkommen- und Vermögensverhältnisse, sowie für einen zweiten und ferneren Wohnsitz, auswärtigen Grundbesitz oder Gewerbebetrieb und die Höhe des hieraus fließenden Einkommens zu machen. Derartige Angaben sind im Interesse der Steuerpflichtigen sehr zu empfehlen.

Es wird besonders bemerkt, daß auch die infolge der Mobilmachung Einberufenen in die Hausliste aufgenommen werden müssen.

Herborn, den 9. Oktober 1918.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Arbeiter u. Arbeiterinnen

gesucht.

Wehr & Sattinger, Herborn.

Vom Urlaub zurück.

Dr. med. Flosdorf, leit. Arzt der Abtlg. für Chirurgie u. Frauenleiden des Marienhospitals zu Siegen.

Kosmetol-Creme

vorzüglich für Gesicht und Hautpflege empfiehlt Drogerie A. Doeink.

Räucherapparat

wenig gebraucht, sowie eine Partie

gebr. Fenster

billig abzugeben.

Wo? sagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Evang. Kirchenchor.

Die Gesangstunde fällt diese Woche aus.

An unsere Genossenschaften!

Die ernste Zeit, die wir jetzt durchleben, läßt in uns Allen, die wir mit unserer in besonderem wirtschaftlichen Bunde gefestigten Kraft dem Vaterlande in seiner bisher schwersten Stunde dienen wollen, den dringenden Wunsch sich erheben, zusammen zu kommen, zu hören, uns auszusprechen und uns zu befestigen in dem Entschluß, Alles zu tun was der Ernst dieser Tage uns Allen zur heiligen Pflicht macht.

Unsere Genossenschaften und ihre Glieder werden daher hiermit eingeladen zu einer

Kriegstagung

unserer Raiffeisen-Genossenschaften

nach Limburg a. d. L. im großen Saal des „Alten Post“ auf Mittwoch, den 16. Oktober 1918 nachmittags 3 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Eröffnungsansprache des Verbandsdirektors
2. „Schützt und erhaltet Eure Heimat!“ Redner Herr Pfarrer Blum, Bernsheim.
3. Aussprache und Entschliebung.

Ein der Bedeutung dieser Tagung entsprechenden Besuch wird erwartet.

Verband ländlicher Genossenschaften Raiffeisen-Organisation in Nassau zu Frankfurt a. M.

Landwirtschaftl. Zentral-Darlehnskasse für Deutschland, Filiale Frankfurt a. M.

Die Direktion: Dr. Nolden.



Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß mein lieber Bruder und Schwager,

der Musketier

Otto Kreuter

aus Merkenbach,

im Alter von 22 Jahren infolge Verschüttung im Lazarett zu Anspach in Bayern gestorben ist.

Herborn, den 14. Oktober 1918.

Minna Roos, geb. Kreuter
Eugen Roos.



Trennung war unser Loos,
Wiedersehen unsere Hoffnung.

Ganz unerwartet erhielten wir die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Sohn, Bruder, Schwiegersohn und Schwager,

der Pionier

Emil Sahn,

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse,

nach vierjähriger treuer Pflichterfüllung am 3. Oktober in den schweren Kämpfen im Westen den Heldentod gestorben ist.

Driedorf, Oberroßbach, Sechshelden,
Merkenbach, den 14. Oktober 1918.

In tiefer Trauer:

Frau Lina Sahn, geb. Müller

Familie Rudolf Sahn

„ Ewald Sahn

„ Karl Müller

„ Fritz Schaaf.

Sängervereinigung Herborn.

Auf dem Felde der Ehre starben den Heldentod unsere lieben Sangesbrüder

Otto Blumenschein

und

Louis Weisgerber.

Wir betrauern in den Dahingegangenen liebe Freunde, die sich durch ihre Liebe zum Gesang, ihre ideale Bestimmung und ihren edlen Charakter in den Herzen aller Sangesbrüder ein bleibendes Gedenken erworben haben.

Der Vorstand.